

Konjunkturpolitik | 31.05.2017 | Lesezeit 4 Min.

50 Jahre magisches Viereck

Das vor 50 Jahren erlassene Stabilitätsgesetz hat vier ökonomische Ziele in den Fokus gerückt, die von der Wirtschaftspolitik anzustreben sind. Doch wie gut ist es Deutschland seither wirklich gelungen, niedrige Arbeitslosigkeit, geringe Inflation, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wirtschaftswachstum in Einklang zu bringen? Das magische Viereck im Überblick.

Am 8. Juni 1967 wurde das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ erlassen. Dem damaligen Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) und Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) ging es in erster Linie darum, ein konjunkturpolitisches Eingreifen des Staates gesetzlich zu legitimieren.

Das Stabilitätsgesetz verpflichtet den Staat, vier gesamtwirtschaftliche Ziele im Blick zu behalten: So soll die Wirtschaftspolitik zu einem stabilen Preisniveau, einem hohen Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht sowie zu einem stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstum beitragen. Weil diese Ziele teilweise und vor allem kurzfristig in Konflikt zueinander stehen können, spricht man auch vom magischen Viereck der Wirtschaftspolitik. Im Einzelnen:

Hoher Beschäftigungsstand

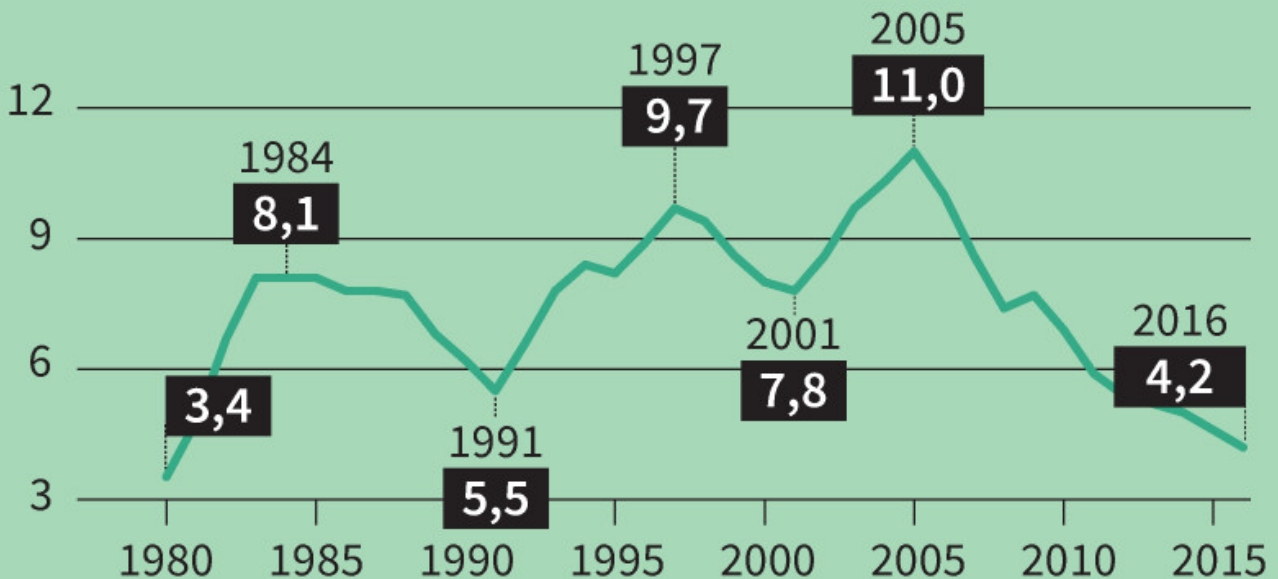
Ein hoher Beschäftigungsstand und damit einhergehend eine möglichst niedrige Arbeitslosigkeit sind zentrale Wohlstandsziele in Deutschland. Zu Schillers und Strauß' Zeiten ging es vor allem darum, das Erwerbspotenzial stärker auszuschöpfen und mehr Frauen in Arbeit zu bringen. Heute weiß man zudem, dass Arbeitslosigkeit eines der größten Armutsrisiken ist und die Lebenszufriedenheit entscheidend schmälert.

Der Aufbau an Sockelarbeitslosigkeit ließ sich mit Konjunkturpolitik nicht stoppen – dies ist erst mit der Agenda 2010 gelungen.

Was sich seit den 1980er Jahren auch zeigt: Mit Konjunkturpolitik – also staatlichen Ausgabenprogrammen – lässt sich struktureller Arbeitslosigkeit nicht beikommen. Den beständigen Aufbau der Sockelarbeitslosigkeit, die auch in Zeiten des Aufschwungs nicht verschwinden wollte, stoppten erst die von 2003 an nach und nach greifenden Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 (Grafik).

Ziel: Hoher Beschäftigungsstand

Arbeitslosenquote in Prozent



Arbeitslosenquote: Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen nach internationaler Definition

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Stabiles Preisniveau

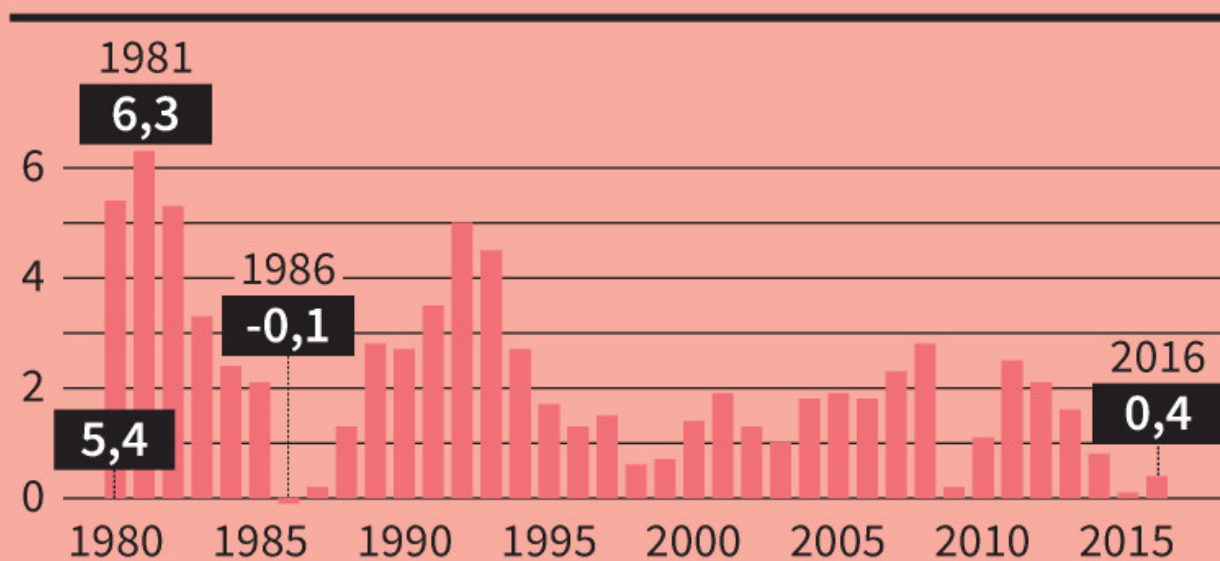
Die Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg hat sich tief ins kollektive Gedächtnis der Deutschen gebrannt – für die meisten Bundesbürger dürfte es außer Frage stehen, dass die Vermeidung von Inflation ein wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel ist. Doch ein stabiles Preisniveau zu sichern, bedeutet auch, Deflationsgefahren abzuwenden. Deswegen hat die Europäische Zentralbank (EZB) eine explizite Zielmarke für die Inflation festgelegt: „Unter, aber nahe 2 Prozent“ soll sie liegen. Seit die EZB 1999 die Aufgabe als Währungshüterin der Eurozone übernommen hat, gab es in Deutschland zumindest keine Inflationsraten jenseits der 3 Prozent mehr, weit öfter dagegen fiel die Preissteigerung niedrig aus.

Anders sah die Lage Anfang der 1980er Jahre nach dem zweiten Ölpreisschock aus sowie in den ersten Jahren des wiedervereinigten Deutschlands: Damals verteuerte sich die Lebenshaltung auch schon mal um mehr als 5 Prozent pro Jahr (Grafik).

In der zweiten Hälfte der 1990er und 2000er Jahre ging eine geringe Inflation tatsächlich mit einer hohen Arbeitslosigkeit einher - beides ist Ausdruck einer schwachen Konjunktur. Dass diese Regel kein Naturgesetz ist, zeigt jedoch die aktuelle Entwicklung in Deutschland.

Ziel: Stabiles Preisniveau

Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

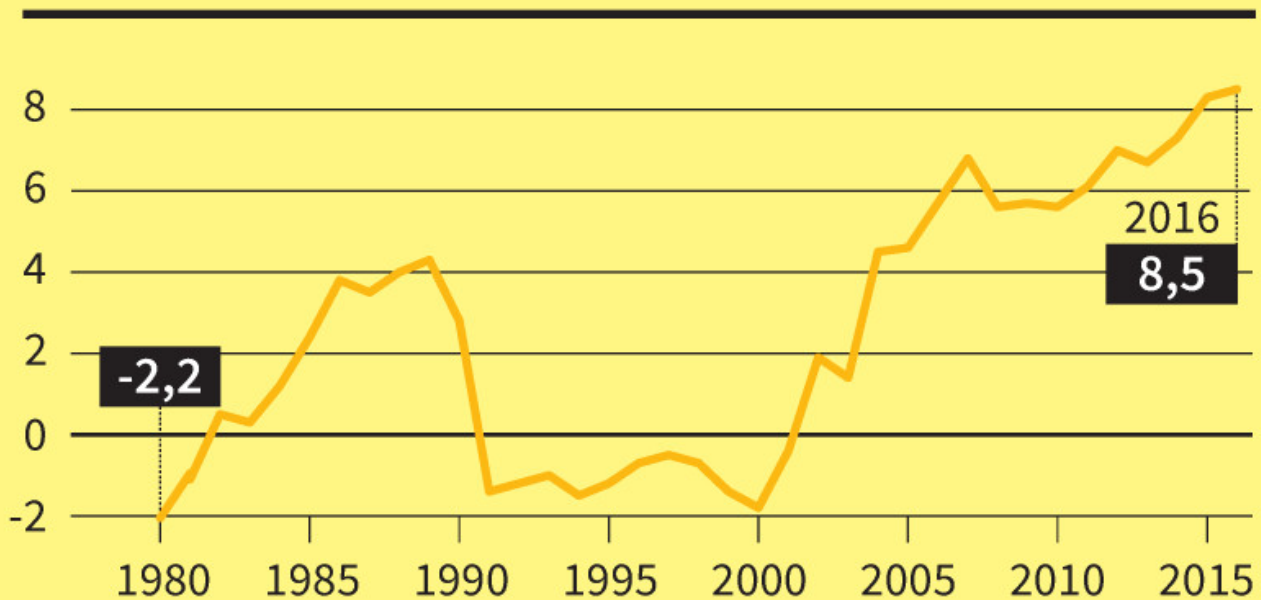
Ob und inwieweit ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht anzustreben ist, darüber streiten Ökonomen seit Jahren ([siehe Interview](#)). Festgemacht wird dieser Zustand gemeinhin an einer möglichst ausgeglichenen Leistungsbilanz. Das ist grob gesagt dann der Fall, wenn sich die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen in etwa die Waage halten. Die EU hält in ihrem Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren, das sie als Reaktion auf die Euro-Krise eingeführt hat, ein Leistungsbilanzdefizit von maximal 4 Prozent sowie einen Überschuss von höchstens 6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für akzeptabel.

Deutschland war in der Vergangenheit keineswegs auf einen positiven Leistungsbilanzsaldo abonniert. So überstiegen die Importe die Exporte beispielsweise während der Ölpreiskrise Anfang der 1980er Jahre und ebenso Anfang der 1990er Jahre, als die Wiedervereinigung gestemmt und finanziert werden musste (Grafik).

Das Leistungsbilanzdefizit um das Jahr 2000 herum ist Resultat einer Schwächephase der Weltwirtschaft mit mehreren Ursachen: Auf den Ölpreisschock im Jahr 2000 folgten nahezu zeitgleich der Terroranschlag vom 11. September 2001, der New-Economy-Crash und der Bilanzierungsskandal in den USA. Der hohe aktuelle Überschuss dagegen ist auf den florierenden Welthandel und die große Nachfrage der aufstrebenden Schwellenländer nach Industriegütern made in Germany zurückzuführen.

Ziel: Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Leistungsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Leistungsbilanzsaldo: Saldo unter anderem aus dem grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungshandel sowie den staatlichen und privaten Übertragungen

Quelle: Internationaler Währungsfonds
© 2017 IW Medien / iwd

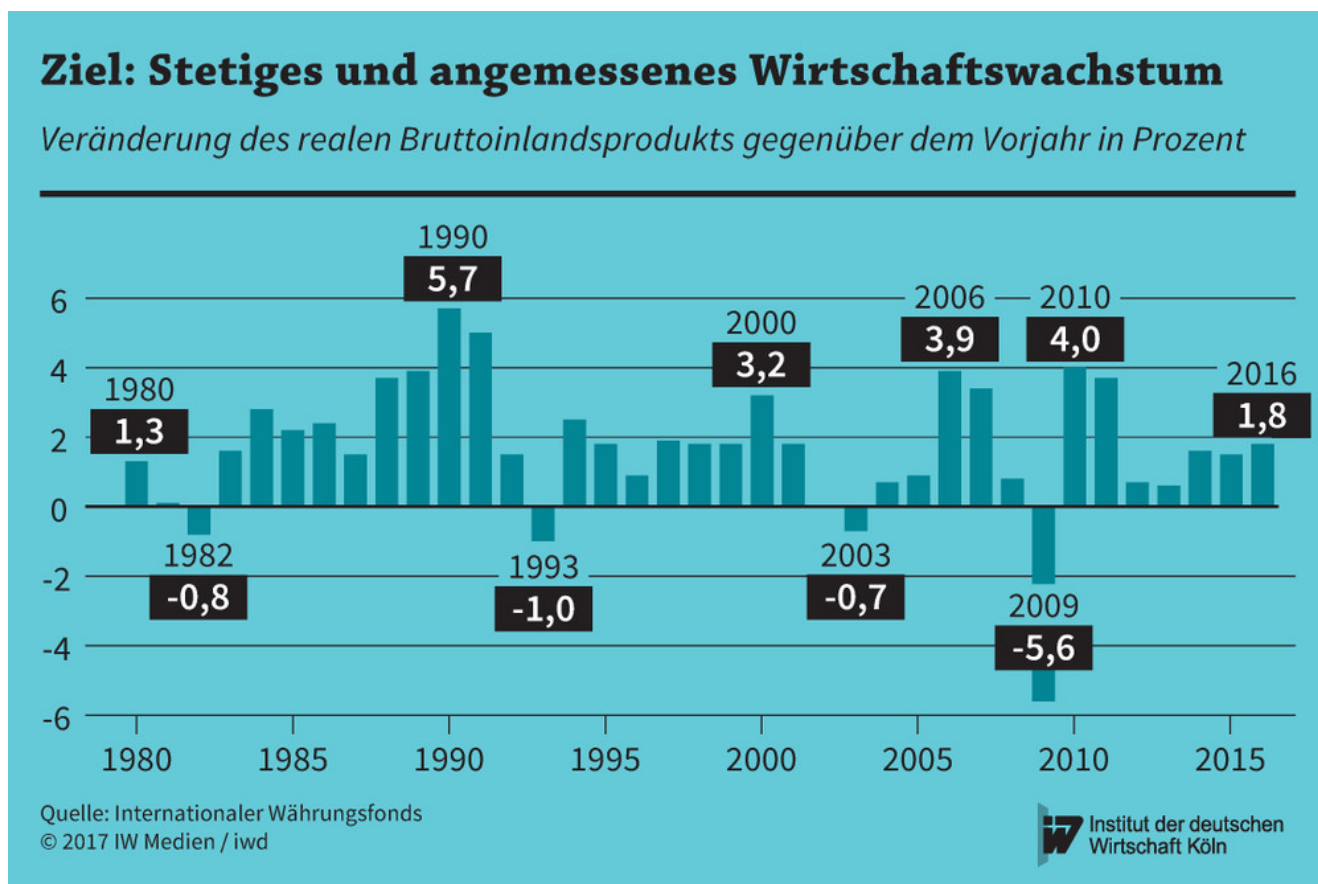
iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum

Ein stetiges Wirtschaftswachstum anzustreben, heißt vor allem, allzu heftige Konjunkturausschläge zu vermeiden. Erstrebenswert ist das deshalb, weil eine überhitzte Wirtschaft umso heftiger in eine Krise abgleiten kann. Zuletzt zeigte sich dies nach dem Platzen der New-Economy-Blase ab 2002 sowie 1993 nach dem Erlöschen des konjunkturellen Strohfeuers, das die Wiedervereinigung mit sich gebracht hatte (Grafik).

Was genau unter einem angemessenen Wirtschaftswachstum zu verstehen ist, lässt sich jedoch kaum quantifizieren – es bleibt der jeweiligen Regierung überlassen. Das

Augenmerk sollte vor allem auf einem tragfähigen Verhältnis von Wirtschaftsleistung zu Staatsschulden und Haushaltsdefizit liegen, damit die Zinslasten den Staat und seine Bürger nicht überfordern.



Kernaussagen in Kürze:

- Am 8. Juni 1967 wurde das Stabilitätsgesetz erlassen – seither ist der Staat verpflichtet, vier wirtschaftspolitische Ziele im Blick zu behalten.
- Ein hoher Beschäftigungsstand, ein stabiles Preisniveau, das

außenwirtschaftliche Gleichgewicht sowie ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum bilden das sogenannte magische Viereck der Konjunkturpolitik.

- Zuletzt waren Arbeitslosigkeit und Inflationsrate in Deutschland sehr niedrig, der Exportüberschuss allerdings nennenswert, und das Bruttoinlandsprodukt wächst schon seit einigen Jahren nicht stark, aber beständig.